



MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

38. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 19. November 1985

Nummer 72

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Glied-Nr.	Datum	Titel	Seite
2374	2. 10. 1985	RdErl. d. Ministers für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Wohngeld	1532

II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Datum	Hinweise	Seite
	Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen	
	Nr. 19 v. 1. 10. 1985	1577
	Nr. 20 v. 15. 10. 1985	1577
	Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen	
	Nr. 57 v. 21. 10. 1985	1578

I.

2374

Wohngeld

RdErl. d. Ministers für Stadtentwicklung,
Wohnen und Verkehr
v. 2. 10. 1985 – IV C 4 – 4082 – 1903/85

Der RdErl. v. 8. 4. 1983 (SMBL. NW. 2374) wird wie folgt
geändert:

1. Nach Nummer 1.4 wird folgende Nummer 1.5 eingefügt:
1.5 Allgemeine Zahlungsanordnung
Für die Wohngeldzahlungen wird hiermit allgemeine Zahlungsanordnung erteilt.
2. Die Anlagen 1 bis 15 werden durch die neugefaßten
Vordrucke „Anlagen 1 bis 15“ ersetzt.

Anlagen
1 bis 15

Antrag auf Wohngeld (Mietzuschuß)

Schreiben Sie bitte in Druckschrift und kreuzen Sie zutreffendes so an ☒. Beachten Sie bitte auch die beiliegenden Erläuterungen. Erläuter- te Zeilen sind mit einem ☐ versehen, wie z. B. Zeile ②.

An den
Oberstadt-, Stadt-, Gemeindedirektor *)

Wohngeldnummer				
RB	Kreis	Gmd.	Unterscheidungs- nummer	PZ
1	2-3	4-6	7-11	12

(Falls Ihnen die Wohngeldnummer bekannt ist, bitte einsetzen)

Erstantrag ☐
Wiederholungsantrag wegen Ablaufs
des Bewilligungszeitraumes ☐
Erhöhungsantrag ☐

Antragberechtigt ist, wer den Mietvertrag unterschrieben hat. Haben mehrere Familienmitglieder den Mietvertrag gemeinsam abge-
schlossen, ist das Familienmitglied mit dem höchsten Einkommen antragberechtigt.

① Antragsteller

(Name, Vorname, ggf. Geburtsname)

(Staatsangehörigkeit)

Anschrift

(Straße, Hausnummer, Stockwerk, ggf. Wohnungsnummer, Postleitzahl, Ort, Telefon)

Ich bin ☐ Selbständiger ☐ Beamter ☐ Angestellter ☐ Arbeiter ☐ Rentner ☐ Pensionär
☐ Student / Auszubildender ☐ sonst. Nichterwerbstätiger
z. Z. arbeitslos ja ☐ nein ☐

② Sind Sie oder ein Familienmitglied von Ihrem Familienhaushalt vorübergehend abwesend?
(Das trifft z. B. häufig bei Handelsvertretern, Arbeitern auf Montage oder in Ausbildung befindlichen Personen zu.) ja ☐ nein ☐
Falls ja, welches Familienmitglied?

(Name)

3 Falls Sie Wohngeld für einen anderen als den Wohnraum in Zeile 1 beantragen:

Anschrift

(Straße, Hausnummer, Stockwerk, ggf. Wohnungsnummer, Postleitzahl, Ort, Telefon)

4 Ich bin
Hauptmieter/Inhaber einer Genossenschaftswohnung oder sonstiger Nutzungsberechtigter (z. B. Inhaber eines mietähnlichen
Dauerwohnrechts) ☐ Untermieter ☐ Heimbewohner und benutze ein Einbettzimmer ☐ ein Mehrbettzimmer ☐
Ich bewohne Wohnraum im eigenen Mehrfamilienhaus ☐

5 Wer ist der Vermieter bzw. im Falle der Untervermietung der Hauptmieter des Wohnraumes?

(Name, Anschrift)

6 Wann sind Sie oder die zu Ihrem Haushalt rechnenden Familienmitglieder in den Wohnraum, für den Wohngeld beantragt wird,
eingezogen?

(Tag, Monat, Jahr)

7 Wann ist der Wohnraum erbaut und erstmals bezugsfertig geworden?

(Jahr)

Falls Sie diese oder weitere Fragen zum Wohnraum nicht beantworten können, fragen Sie bitte Ihren Vermieter.

8 Ist der Wohnraum nachträglich unter wesentlichem Bauaufwand ausgebaut, umgebaut oder erweitert worden? ja ☐ nein ☐
Falls ja, wann?

(Jahr)

9 Ist der Wohnraum mit öffentlichen Mitteln gefördert worden? ja ☐ nein ☐

10 Mein Wohnraum hat eine Gesamtfläche von _____ m².
Falls Sie Untermieter sind, geben Sie bitte die Quadratmeterzahl der Räume an, die Sie gemietet haben.
Von der Gesamtfläche sind _____ m² einem anderen unentgeltlich oder entgeltlich (z. B. untervermietet) überlassen worden;
_____ m² werden ausschließlich gewerblich oder beruflich genutzt.
Falls Sie untervermietet haben, füllen Sie bitte das hierfür vorgesehene besondere Formblatt aus.

* Nichtzutreffendes bitte streichen

- 23 Erhält eine zum Haushalt rechnende Person Kindergeld oder vergleichbare Leistungen für Kinder, die nicht zum Haushalt gehören?
ja ☐ nein ☐

Falls ja, für welche Kinder?

(Name, Vorname, Geburtsdatum, Anschrift)

Wer ist der Empfänger der Leistungen?

(Name, Vorname)

- 24 Werden von den zu Ihrem Haushalt rechnenden Personen Unterhaltszahlungen geleistet, zu denen sie gesetzlich verpflichtet sind (z. B. für nicht zum Haushalt rechnende Kinder)?
ja ☐ nein ☐

Falls ja, füllen Sie bitte das hierfür vorgesehene besondere Formblatt aus.

- 25 Folgende zum Haushalt rechnende Personen sind:

- a) Schwerbehinderte mit einem Grad der Behinderung von wenigstens 80
- b) Schwerbehinderte, die pflegebedürftig im Sinne des § 69 Abs. 3 Satz 1 des Bundessozialhilfegesetzes sind
- c) Bewohner eines Pflegeheimes oder der Pflegeabteilung eines Heimes, die Hilfe zur Pflege nach § 68 des Bundessozialhilfegesetzes erhalten
- d) Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung im Sinne des Bundesentschädigungsgesetzes
- e) Vertriebene/Flüchtlinge im Sinne des Bundesvertriebenengesetzes
- f) Zuwanderer im Sinne des Flüchtlingshilfegesetzes
- g) Heimkehrer im Sinne des Heimkehrergesetzes

Name, Vorname Antragsteller	Name, Vorname	Name, Vorname
☐	☐	☐
☐	☐	☐
☐	☐	☐
☐	☐	☐
☐	☐	☐
☐	☐	☐
☐	☐	☐

Falls die genannten Personen die Voraussetzungen der Buchstaben e) bis g) erfüllen, geben Sie bitte an, wann jeweils der Wohnsitz in die Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) verlegt worden ist.

(Tag, Monat, Jahr)

- 26 Hat ein zum Haushalt rechnendes Familienmitglied im Jahr der Stellung des Antrages auf Wohngeld Vermögensteuer zu entrichten?
ja ☐ nein ☐

Falls ja, wer?

(Name, Vorname)

- 27 Ich bitte, das Wohngeld auszusahlen an mich ☐ folgende Person ☐

(Name, Vorname, Anschrift)

auf das Konto-Nr.

bei der/dem Bank, Sparkasse, Postscheckamt

Bankleitzahl

- 28 Ich versichere, daß alle Angaben, auch soweit sie in Anlagen zum Antrag zu machen sind, richtig und vollständig sind. Insbesondere bestätige ich, daß die unter Zeile 16 aufgeführten Familienmitglieder und anderen Personen keine weiteren Einnahmen als die angegebenen haben, auch nicht aus gelegentlicher Nebentätigkeit.

Mir ist bekannt, daß ich gesetzlich verpflichtet bin,

- a) Änderungen in den Verhältnissen, die für die Leistung erheblich sind, bis zum Erlaß des Wohngeldbescheides unverzüglich mitzuteilen,
- b) unverzüglich anzuzeigen, wenn der Wohnraum, für den Wohngeld gewährt wird, vor Ablauf des Bewilligungszeitraumes von allen zum Haushalt rechnenden Personen nicht mehr benutzt wird,
- c) das zu Unrecht empfangene Wohngeld zurückzuzahlen, wenn ich die ungerechtfertigte Gewährung zu vertreten habe. In diesem Fall muß ich unter Umständen mit strafrechtlicher Verfolgung rechnen.

Weiterhin ist mir bekannt, daß die für die Berechnung und Zahlung des Wohngeldes erforderlichen persönlichen Daten im Wege der automatisierten Datenverarbeitung gespeichert und verarbeitet werden. In diesem Antrag enthaltene Angaben werden auch für die Wohngeldstatistik verwendet; sie können ohne Namen und Anschrift der fachlich zuständigen obersten Bundesbehörde für statistische Sonderauswertungen übermittelt oder sonst für statistische Zwecke verwendet werden.

(Ort, Datum)

(Unterschrift des Antragstellers)

A. Erläuterungen

zum Antrag auf Wohngeld (Mietzuschuß)

— Die Randnummern beziehen sich auf die im Antrag gekennzeichneten Zeilen —

Sehr geehrte Antragsteller,

diese Erläuterungen sollen Ihnen beim Ausfüllen Ihres Antrages auf Wohngeld eine Hilfe sein.

Die Fragen im Antrag sind notwendig, um prüfen zu können, ob die gesetzlichen Voraussetzungen für die Gewährung von Wohngeld erfüllt sind.

Das Wohngeld kann nur berechnet werden, wenn Sie die Fragen im Antrag richtig und vollständig beantworten. Darüber hinaus sind für bestimmte Angaben im Antrag Unterlagen erforderlich. Sie erleichtern der Wohngelddienststelle die Arbeit, wenn Sie diese Unterlagen gleichzeitig beifügen. Die Unterlagen erhalten Sie alsbald zurück.

Beantragen Sie das Wohngeld bitte rechtzeitig, da es nur vom Beginn des Monats an gewährt wird, in dem der Antrag eingeht.

Vergessen Sie bitte nicht, den Antrag zu unterschreiben.

- ① Sie können einen Antrag auf Wohngeld stellen, wenn Sie Mieter, Untermieter oder ihnen vergleichbarer Nutzungsberechtigter (Inhaber einer Genossenschafts- oder Stiftswohnung, Heimbewohner, Inhaber eines miethähnlichen Dauerwohnrechts) sind. Ferner sind antragsberechtigt Eigentümer von Mehrfamilienhäusern, gemischt genutzten Gebäuden oder Geschäftshäusern, wenn sie Wohnraum im eigenen Haus bewohnen; ihnen stehen Eigentümer von Ein- und Zweifamilienhäusern gleich, die neben dem Wohnraum in solchem Umfang Geschäftsräume enthalten, daß nicht mehr von einem Eigenheim gesprochen werden kann.

Das Wohngeldgesetz ist nicht anzuwenden auf alleinstehende Wehrpflichtige und ihnen gleichgestellte Personen, wie z.B. Zivildienstleistende. Das gilt grundsätzlich auch für alleinstehende Auszubildende, es sei denn, ihnen stehen Leistungen zur Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz oder dem Arbeitsförderungsgesetz dem Grunde nach nicht zu.

Antragsberechtigt sind ferner nicht Personen, die als vorübergehend abwesende Familienmitglieder den Wohnraum nur vorübergehend benutzen.

- ② Vorübergehend abwesende Familienmitglieder rechnen zum Familienhaushalt.

Vorübergehend abwesend sind Familienmitglieder, für die die Familie weiterhin der Mittelpunkt ihrer Lebensbeziehungen ist, selbst wenn sie eigenen Wohnraum haben. Solange sie noch für ihre Lebenshaltung überwiegend von anderen zum Haushalt rechnenden Familienmitgliedern unterstützt werden, spricht dies für die vorübergehende Abwesenheit.

Vorübergehend abwesend sind in der Regel Empfänger von Trennungsentzündigung, häufig auch Personen, die sich in der Ausbildung befinden, soweit sie keine erkennbare Entscheidung getroffen haben, daß sie nicht wieder in den Familienhaushalt zurückkehren sowie Seeleute, Kranke in Krankenhäusern und Heilanstalten, Insassen von Strafanstalten, deren Aufenthalt zeitlich begrenzt ist.

- ⑪ Als Sammelheizung gelten auch Elektrospeicheröfen (Nachstromspeicherheizungen), Gasöfen, Kachelöfen, Mehrraumheizungen sowie zentral versorgte Öl-Einzelofenheizungen, wenn alle Wohn- und Schlafräume der Wohnung angeschlossen sind.

- ⑭ Vergleichbar sind Leistungen aus öffentlichen Kassen, die dazu bestimmt sind, die Miete für den Wohnraum ganz oder teilweise zu decken. Dazu gehören z.B. Leistungen zur beruflichen Fortbildung und Umschulung sowie Ausbildungsbeihilfen.

- ⑯ Familienmitglieder sind der Antragsteller und seine folgenden Angehörigen:

- Ehegatte,
- Großeltern, Eltern, Kinder, Enkel,
- Geschwister, Tante, Onkel, Nichte, Neffe,
- Schwiegereltern, Schwiegerkinder, Stiefeltern, Stiefkinder,
- Schwager, Schwägerin und deren Kinder, Neffe und Nichte des Ehegatten,
- Pflegekinder ohne Rücksicht auf ihr Alter und Pflegeeltern.

Familienmitglieder rechnen zum Haushalt, wenn sie mit dem Antragsteller eine Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft führen, das heißt, wenn sie Wohnraum gemeinsam bewohnen und sich ganz oder teilweise gemeinsam mit dem täglichen Lebensbedarf versorgen.

Es sind auch Personen anzugeben, die mit dem Antragsteller eine Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft führen, ohne Familienmitglieder zu sein.

Für jede Einkommensart sind die Werbungskosten/Betriebsausgaben gesondert anzugeben. Bei den Einnahmen aus nichtselbständiger Arbeit beträgt der vorgeschriebene Pauschbetrag der Werbungskosten jährlich 564,— DM, bei Einnahmen aus Kapitalvermögen jährlich 100,— DM; bei Ehegatten sind die Einnahmen jedes Ehegatten gesondert um den Pauschbetrag zu mindern. Höhere Werbungskosten müssen nachgewiesen werden.

Bei Renten und anderen Einnahmen dürfen nur die nachgewiesenen Werbungskosten oder Betriebsausgaben im Sinne des Einkommensteuerrechts angegeben werden.

Die Angaben über die Entrichtung von Pflichtbeiträgen zur gesetzlichen Krankenversicherung, zur gesetzlichen Rentenversicherung und von Steuern vom Einkommen sind erforderlich für den erhöhten pauschalen Abzug.

Zu den Pflichtbeiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung gehören auch die Beiträge zur Altershilfe für Landwirte.

Beiträge zur Unfallversicherung führen nicht zu einem erhöhten pauschalen Abzug.

Laufende Beiträge zu öffentlichen oder privaten Versicherungen oder ähnlichen Einrichtungen entsprechen hinsichtlich ihrer Zweckbestimmung den Pflichtbeiträgen zur gesetzlichen Krankenversicherung oder gesetzlichen Rentenversicherung, wenn sie dazu beitragen sollen, für den Beitragszahler oder dessen Familie

- a) die notwendigen Maßnahmen zum Schutz, zur Erhaltung, zur Besserung und zur Wiederherstellung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit oder
- b) die wirtschaftliche Sicherung bei Krankheit, Mutterschaft, Behinderung und Alter oder
- c) die wirtschaftliche Sicherung der Hinterbliebenen

zu gewährleisten. Geringfügige Beiträge unter 35,— DM im Monat führen nicht zu einem erhöhten pauschalen Abzug.

Steuern vom Einkommen sind die Einkommensteuer, die Lohnsteuer und die Kirchensteuer.

- (18) Diese Frage ist von Bedeutung, bis zu welchem Höchstbetrag die Miete bei der Berechnung des Wohngeldes zu berücksichtigen ist.
- (19) Der Tod eines Familienmitgliedes ist für die Dauer von 24 Monaten nach dem Sterbemonat ohne Einfluß auf die der Wohngeldberechnung zugrunde liegende Familiengröße; diese Vergünstigung entfällt jedoch z.B. bei einem Wohnungswechsel oder bei Aufnahme einer neuen Person in den Familienhaushalt.
- (25) Für Schwerbehinderte mit einem Grad der Behinderung von wenigstens 80 und für Schwerbehinderte, die pflegebedürftig im Sinne des § 69 Abs. 3 Satz 1 des Bundessozialhilfegesetzes sind oder für Bewohner eines Pflegeheimes oder der Pflegeabteilung eines Heimes, die Hilfe zur Pflege nach § 68 des Bundessozialhilfegesetzes erhalten, wird bei der Ermittlung des Jahreseinkommens ein Freibetrag bis zu 2.400,— DM berücksichtigt.
- Bei Opfern der nationalsozialistischen Verfolgung und ihnen Gleichgestellten können Einnahmen bis zu einem Betrag von 1.500,— DM abgesetzt werden.
- Bei Vertriebenen, Flüchtlingen, Zuwanderern und Heimkehrern ist ein Freibetrag bis zu 2.400,— DM für 4 Jahre seit Stellung des ersten Antrages auf Wohngeld zu berücksichtigen, längstens jedoch bis zum Ablauf von 10 Jahren nach der Verlegung des Wohnsitzes oder des gewöhnlichen Aufenthaltes in die Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West).

B. Aufstellung von in Betracht kommenden Unterlagen zum Antrag auf Wohngeld (Mietzuschuß)

- a) Ausweis nach § 3 Abs. 5 des Schwerbehindertengesetzes (SchwbG), Feststellungsbescheid nach § 3 Abs. 1 SchwbG oder Nachweis, daß Pflegebedürftigkeit i.S. des § 69 Abs. 3 Satz 1 des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) vorliegt oder Hilfe zur Pflege nach § 68 BSHG in einem Pflegeheim oder der Pflegeabteilung eines Heimes gewährt wird
- b) Nachweis des Bruttoeinkommens aller zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder (Verdienstbescheinigungen)
- c) bei Rentnern: Rentenbescheide mit den letzten Änderungsmitteilungen
- d) bei Einkommensteuerpflichtigen: Einkommensteuerbescheid / ergänzende Vorauszahlungsbescheide / Einkommensteuererklärung
- e) bei Empfängern von Unterhaltsleistungen: Nachweis über Art, Höhe und Empfänger der Leistungen
- f) bei Kindern: Nachweis über Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz oder über eine Leistung i.S. des § 8 Abs. 1 des Bundeskindergeldgesetzes
- g) bei Arbeitslosen: Nachweis über bezogenes Arbeitslosengeld, bezogene Arbeitslosenhilfe oder bezogenes Unterhaltsgeld
- h) bei Empfängern von Sozialhilfe oder Kriegsofopferfürsorge: Nachweis über Art und Höhe der Leistungen
- i) bei Aufwendungen zur Erfüllung gesetzlicher Unterhaltsverpflichtungen: Nachweise über die Unterhaltszahlungen, das Verwandtschaftsverhältnis zum Unterhaltsberechtigten oder den Rechtsgrund für die Unterhaltsleistungen, die Art der Berufsausbildung (in der Regel Bescheinigung der Ausbildungsstätte)
- j) bei Angehörigen besonderer Personengruppen (Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung, Vertriebene, Flüchtlinge, Zuwanderer, Heimkehrer): Nachweis über die Zugehörigkeit
- k) zur Feststellung des pauschalen Abzugs: Die Entrichtung von Pflichtbeiträgen zur gesetzlichen Krankenversicherung oder gesetzlichen Rentenversicherung sowie die Entrichtung laufender Beiträge zu öffentlichen oder privaten Versicherungen oder ähnlichen Einrichtungen, die hinsichtlich ihrer Zweckbestimmung einem der vorgenannten Pflichtbeiträge entsprechen, ist durch Vorlage von Bescheinigungen des Arbeitgebers, von Beitragsquittungen, Rentenbescheiden, jährlichen Anpassungsmitteilungen, Beitragsbescheiden der Krankenkasse oder durch Versicherungsverträge nachzuweisen.
- l) Mietvertrag, Ergänzungsvereinbarungen, Bescheinigung des Vermieters,
- m) Mietquittungen,
- n) Erklärung des Vermieters über Mieterhöhungen,
- o) Nachweis über Untervermietung.

Mit freundlichen Grüßen

Bewilligungsbehörde für Wohngeld

Anlage zum Antrag auf Wohngeld (Mietzuschuß)

Schreiben Sie bitte in Druckschrift und
kreuzen Sie Zutreffendes so an ☒.

Wohngeldnummer

(Falls Ihnen die Wohngeldnummer bekannt ist,
bitte einsetzen)

vom _____

bei entgeltlicher Überlassung des Wohn-
raums an einen Dritten, insbesondere
bei Untervermietung

Antragsteller (Name, Vorname, ggf. Geburtsname)

Anschrift (Straße, Hausnummer, Stockwerk, ggf. Wohnungsnummer, Postleitzahl, Ort, ggf. Telefonnummer)

Ich habe den Wohnraum überlassen an:
Name, Vorname

Der überlassene Wohnraum umfaßt _____ m².
Für den überlassenen Wohnraum erhalte ich einschließlich Nebenkosten monatlich

_____ DM.

Falls in den Beträgen Nebenkosten enthalten sind, geben Sie diese bitte nachstehend an. Falls für die Neben-
kosten keine gesonderten Beträge vereinbart worden sind, brauchen Sie diese nur anzukreuzen. Es werden
dann dafür vorgesehene Pauschbeträge abgesetzt.

- | | |
|--|----------|
| ☐ Kosten der Zentralheizung/Fernheizung | _____ DM |
| ☐ Kosten für Warmwasser/Fernwarmwasser | _____ DM |
| ☐ Untermietzuschläge | _____ DM |
| ☐ Zuschläge für gewerbliche oder berufliche Benutzung | _____ DM |
| ☐ Zuschläge für Vollmöblierung | _____ DM |
| ☐ Zuschläge für Teilmöblierung | _____ DM |
| ☐ Zuschläge für Kühlschrankbenutzung | _____ DM |
| ☐ Zuschläge für Waschmaschinenbenutzung | _____ DM |
| ☐ Zuschläge für Stromverbrauch | _____ DM |
| ☐ Zuschläge für Bett- und Tischwäsche | _____ DM |
| ☐ Zuschläge für die Reinigung des Wohnraums | _____ DM |
| ☐ Zuschläge für Verpflegung | _____ DM |
| ☐ _____ | _____ DM |

Ort, Datum, Unterschrift des Antragstellers

Ort, Datum, Unterschrift des Untermieters/Nutzungsberechtigten

Antrag auf Wohngeld (Lastenzuschuß)

Schreiben Sie bitte in Druckschrift und kreuzen Sie zutreffendes so an ☒. Beachten Sie bitte auch die beiliegenden Erläuterungen. Erläuterte Zeilen sind mit einem ☐ versehen, wie z. B. Zeile ②

An den
Oberstadt-, Stadt-, Gemeindedirektor *)

Wohngeldnummer				
RB	Kreis	Gmd.	Unterscheidungsnummer	PZ
1	2—3	4—6	7—11	12

(Falls Ihnen die Wohngeldnummer bekannt ist, bitte einsetzen)

Erstantrag ☐
Wiederholungsantrag wegen Ablaufs des Bewilligungszeitraumes ☐
Erhöhungsantrag ☐

Antragberechtigt ist, wer Eigentümer des Wohnraumes ist. Sind mehrere Familienmitglieder Eigentümer, ist das Familienmitglied mit dem höchsten Einkommen antragberechtigt.

① Antragsteller

(Name, Vorname, ggf. Geburtsname)

(Staatsangehörigkeit)

Anschrift

(Straße, Hausnummer, Stockwerk, ggf. Wohnungsnummer, Postleitzahl, Ort, Telefon)

Ich bin ☐ Selbständiger ☐ Beamter ☐ Angestellter ☐ Arbeiter ☐ Rentner ☐ Pensionär
☐ Student / Auszubildender ☐ sonst. Nichterwerbstätiger
z. Z. arbeitslos ja ☐ nein ☐

② Sind Sie oder ein Familienmitglied von Ihrem Familienhaushalt vorübergehend abwesend? ja ☐ nein ☐

(Das trifft z. B. häufig bei Handelsvertretern, Arbeitern auf Montage oder in der Ausbildung befindlichen Personen zu).
Falls ja, welches Familienmitglied?

(Name)

3 Falls Sie Wohngeld für einen anderen als den Wohnraum in Zeile 1 beantragen:

Anschrift

(Straße, Hausnummer, Stockwerk, ggf. Wohnungsnummer, Postleitzahl, Ort, Telefon)

4 Ich bewohne ☐ ein Eigenheim ☐ eine Eigentumswohnung ☐ eine Kleinsiedlung ☐
☐ eine landwirtschaftliche Nebenerwerbsstelle ☐ eine landwirtschaftliche Vollerwerbsstelle ☐
☐ eine Wohnung in der Rechtsform des eigentumsähnlichen Dauerwohnrechts ☐

5 Falls Sie nicht selbst Eigentümer oder alleiniger Eigentümer sind, wer ist Eigentümer bzw. Miteigentümer?

(Name, Vorname, Anschrift)

6 Wann sind Sie oder die zu Ihrem Haushalt rechnenden Familienmitglieder in den Wohnraum, für den Wohngeld beantragt wird, eingezogen?

(Tag, Monat, Jahr)

7 Wann ist der Wohnraum erbaut und erstmals bezugsfertig geworden?

(Jahr)

8 Ist der Wohnraum nachträglich unter wesentlichem Bauaufwand ausgebaut, umgebaut oder erweitert worden? ja ☐ nein ☐

Falls ja, wann?

(Jahr)

9 Ist der Wohnraum mit öffentlichen Mitteln gefördert worden? ja ☐ nein ☐

* Nichtzutreffendes bitte streichen

7211572

- 14 Wurden solche Einnahmen der zum Haushalt rechnenden Personen in den nächsten Monaten vermehrt oder um mehr als 10 % erhöht?
ja ☐ nein ☐
- Fall ja, bei wem, ab wann und in welcher Höhe monatlich?
Person, Vorname, Datum, Dtg
- Grund für die Verringerung der Einnahmen oder für die erhebliche Erhöhung der Einnahmen (z. B. Rentenerhöhung):
Fall ja, für welche Kinder?
Person, Vorname, Datum, Dtg
- 18 Rechnen zu Ihrem Haushalt Kinder, für die Kindergeld oder vergleichbare Leistungen gewährt werden?
Fall ja, für welche Kinder?
Person, Vorname, Datum, Dtg
- Wer ist der Empfänger der Leistungen?
Person, Vorname, Datum, Dtg
- 20 Erhält eine zum Haushalt rechnende Person Kindergeld oder vergleichbare Leistungen für Kinder, die nicht zum Haushalt gehören?
Fall ja, für welche Kinder?
Person, Vorname, Datum, Dtg
- Wer ist der Empfänger der Leistungen?
Person, Vorname, Datum, Dtg
- 21 Werden von den zu Ihrem Haushalt rechnenden Personen Unterhaltszahlungen geleistet, zu denen sie gesetzlich verpflichtet sind?
Fall ja, hüllen Sie bitte das hierfür vorgesehene besondere Formblatt aus.

- 10 Mein Wohnraum hat eine Gesamtfläche von _____ m²
Von der Gesamtfläche sind _____ m² einem anderen untergeordnet überlassen worden, sind _____ m² ausschließlich gewerblich oder beruflich genutzt.
- 11 Der Wohnraum ist ausschließlich mit
Sonderausstattung (z.B. Zentrale, Klimaanlage) ☐ Bad oder Dusche ☐
- 12 Erhalten Sie bereits Wohngeld für anderen Wohnraum oder eine vergleichbare Leistung für diesen oder anderen Wohnraum oder haben Sie einen entsprechenden Antrag gestellt?
Falls ja, von wem erhalten Sie die Leistung bzw. bei wem haben Sie den Antrag gestellt?
Person, Vorname, Datum
- 13 Wohnen in Ihrem Wohnraum Familienmitglieder oder andere Personen, die nicht zum Haushalt rechnen?
Falls ja, wer?
Person, Vorname, Datum
- 14 Ist ein Familienmitglied, das zu Ihrem Haushalt gerechnet hat, innerhalb der letzten 24 Monate verstorben?
Falls ja, wer und wann?
Person, Vorname, Datum
- 15 Haben Sie den Wohnraum nach dem Tod des Familienmitglieds gewechselt?
Falls ja, wann?
Person, Vorname, Datum
- 16 Haben Sie nach dem Tod des Familienmitglieds eine weitere Person in den Haushalt aufgenommen?
Falls ja, wer und wann?
Person, Vorname, Datum

Zu meinem Haushalt rechnen nachstehende Familienmitglieder und andere Personen, einschließlich vorübergehend Abwesender, die folgende Einnahmen haben:

Es sind alle Einnahmen in Geld oder Geldeswert anzugeben, ohne Rücksicht auf ihre Quelle und ohne Rücksicht darauf, ob sie steuerpflichtig sind oder nicht. Auch einmalige Einnahmen sind anzugeben. Tragen Sie bitte die Einnahmen einzeln und mit ihrem Geburtsdatum und zwar grundsätzlich die monatlichen Einnahmen bei der Antragstellung. Lassen sich verlässliche Aussagen über Ihre im Berichtszeitraum (in der Regel zwölf Monate) zu erwerbenden Einnahmen nicht machen (z. B. bei erheblichen Schwankungen der Einnahmen), sind die Einnahmen der letzten zwölf Monate vor der Antragstellung anzugeben. Personen, die zur Einkommenssteuererklärung verpflichtet sind, geben bitte die im letzten Einkommenssteuerbescheid, Vorauszahlungsbescheid, Vorauszahlungbescheid, Lohnsteuerbescheid, Einkünfte an Zu den Einnahmen gehören u. a. Gehälter, Löhne, Gratifikationen, Rente, Pensionen, Thunfischgelder, Waiseingelder, Ruhegelder, Witwen- und Waiseingelder, Renten (auch Zusatzrenten), Beihilfen, Einnahmen aus selbständiger Arbeit, aus Gewerbebetrieb, aus Land- und Forstwirtschaft, aus Kapitalvermögen (z. B. Zinsen aus Sparguthaben), aus Vermietung und Verpachtung (jedoch ohne Einnahmen aus Untervermietung), Unfallmalt, Sachbezüge, Arbeitslosengeld, Arbeitslosenrente.

LM Nr.	Familienname, Vorname, Geburtsdatum	Geboren am	Einkommensart (z. B. Lohn, Gehalt, Pension, Rente, etc.)	Verpflichtung zur Einkommenssteuer	Z. Z. steuerlicher Befreiung	Art der Einnahmen	Wohnort	Beruf	Einkommensart (z. B. Lohn, Gehalt, Pension, Rente, etc.)	Verpflichtung zur Einkommenssteuer	Anmerkung	
											ja	nein
1	Antragsteller											
2												
3												
4												
5												
6												
7												
8												

Seite 1548, 49, 50 existieren nicht

X/MMMBL 8572
1547

22 Folgende zum Haushalt rechnende Personen sind:

- a) Schwerbehinderte mit einem Grad der Behinderung von wenigstens 80
- b) Schwerbehinderte, die pflegebedürftig im Sinne des § 69 Abs. 3 Satz 1 des Bundessozialhilfegesetzes sind
- c) Bewohner eines Pflegeheimes oder der Pflegeabteilung eines Heimes, die Hilfe zur Pflege nach § 68 des Bundessozialhilfegesetzes erhalten
- d) Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung im Sinne des Bundesentschädigungsgesetzes
- e) Vertriebene/Flüchtlinge im Sinne des Bundesvertriebenen-gesetzes
- f) Zuwanderer im Sinne des Flüchtlingshilfegesetzes
- g) Heimkehrer im Sinne des Heimkehrergesetzes

Name, Vorname Antragsteller	Name, Vorname	Name, Vorname
☐	☐	☐
☐	☐	☐
☐	☐	☐
☐	☐	☐
☐	☐	☐
☐	☐	☐
☐	☐	☐

Falls die genannten Personen die Voraussetzungen der Buchstaben e) bis g) erfüllen, geben Sie bitte an, wann jeweils der Wohnsitz in die Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) verlegt worden ist.

(Tag, Monat, Jahr)

- 23 Hat ein zum Haushalt rechnendes Familienmitglied im Jahr der Stellung des Antrages auf Wohngeld Vermögensteuer zu entrichten?
Falls ja, wer? ja ☐ nein ☐

(Name, Vorname)

- 24 Ich bitte, das Wohngeld auszuzahlen an mich ☐ folgende Person ☐

(Name, Vorname, Anschrift)

auf das Konto-Nr.

bei der/dem Bank, Sparkasse, Postscheckamt

Bankleitzahl

- 25 Ich versichere, daß alle Angaben, auch soweit sie in Anlagen zum Antrag zu machen sind, richtig und vollständig sind. Insbesondere bestätige ich, daß die unter Zeile 17 aufgeführten Familienmitglieder und andere Personen keine weiteren Einnahmen als die angegebenen haben, auch nicht aus gelegentlicher Nebentätigkeit.

Mir ist bekannt, daß ich gesetzlich verpflichtet bin,

- a) Änderungen in den Verhältnissen, die für die Leistung erheblich sind, bis zum Erlass des Wohngeldbescheides unverzüglich mitzuteilen,
- b) unverzüglich anzuzeigen, wenn der Wohnraum, für den Wohngeld gewährt wird, vor Ablauf des Bewilligungszeitraumes von allen zum Haushalt rechnenden Personen nicht mehr benutzt wird,
- c) das zu Unrecht empfangene Wohngeld zurückzuzahlen, wenn ich die ungerechtfertigte Gewährung zu vertreten habe. In diesem Fall muß ich unter Umständen mit strafrechtlicher Verfolgung rechnen.

Weiterhin ist mir bekannt, daß die für die Berechnung und Zahlung des Wohngeldes erforderlichen persönlichen Daten im Wege der automatisierten Datenverarbeitung gespeichert und verarbeitet werden. In diesem Antrag enthaltene Angaben werden auch für die Wohngeldstatistik verwendet; sie können ohne Namen und Anschrift der fachlich zuständigen obersten Bundesbehörde für statistische Sonderauswertungen übermittelt oder sonst für statistische Zwecke verwendet werden.

(Ort, Datum)

(Unterschrift des Antragstellers)

A. Erläuterungen

zum Antrag auf Wohngeld (Lastenzuschuß)

— Die Randnummern beziehen sich auf die im Antrag gekennzeichneten Zeilen —

Sehr geehrte Antragsteller,

diese Erläuterungen sollen Ihnen beim Ausfüllen Ihres Antrages auf Wohngeld eine Hilfe sein.

Die Fragen im Antrag sind notwendig, um prüfen zu können, ob die gesetzlichen Voraussetzungen für die Gewährung von Wohngeld erfüllt sind.

Das Wohngeld kann nur berechnet werden, wenn Sie die Fragen im Antrag richtig und vollständig beantworten. Darüber hinaus sind für bestimmte Angaben im Antrag Unterlagen erforderlich. Sie erleichtern der Wohngelddienststelle die Arbeit, wenn Sie diese Unterlagen gleichzeitig beifügen. Die Unterlagen erhalten Sie alsbald zurück.

Beantragen Sie das Wohngeld bitte rechtzeitig, da es nur vom Beginn des Monats an gewährt wird, in dem der Antrag eingeht.

Vergessen Sie bitte nicht, den Antrag zu unterschreiben.

- ① Sie können einen Antrag auf Wohngeld stellen, wenn Sie Eigentümer eines Eigenheims, einer Eigentumswohnung, einer Kleinsiedlung oder einer landwirtschaftlichen Nebenerwerbsstelle oder Inhaber eines eigentumsähnlichen Dauerwohnrechts sind. Antragberechtigt ist auch, wer Anspruch auf Übereignung eines Gebäudes oder Anspruch auf Bestellung oder Übertragung des Wohnungseigentums oder eines eigentumsähnlichen Dauerwohnrechts hat. Einen Antrag kann ferner der Erbbauberechtigte oder Wohnungserbbauberechtigte sowie derjenige stellen, der einen Anspruch auf Einräumung oder Übertragung des Erbbaurechts oder Wohnungserbbaurechts hat.

Das Wohngeldgesetz ist nicht anzuwenden auf alleinstehende Wehrpflichtige und ihnen gleichgestellte Personen, wie z.B. Zivildienstleistende. Das gilt grundsätzlich auch für alleinstehende Auszubildende, es sei denn, ihnen stehen Leistungen zur Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz oder dem Arbeitsförderungsgesetz dem Grunde nach nicht zu.

Antragsberechtigt sind ferner nicht Personen, die als vorübergehend abwesende Familienmitglieder den Wohnraum nur vorübergehend benutzen.

- ② **Vorübergehend abwesende Familienmitglieder** rechnen zum Familienhaushalt.
Vorübergehend abwesend sind Familienmitglieder, für die die Familie weiterhin der Mittelpunkt ihrer Lebensbeziehungen ist, selbst wenn sie eigenen Wohnraum haben. Solange sie noch für ihre Lebenshaltung überwiegend von anderen zum Haushalt rechnenden Familienmitgliedern unterstützt werden, spricht dies für die vorübergehende Abwesenheit.

Vorübergehend abwesend sind in der Regel Empfänger von Trennungsgeld, häufig auch Personen, die sich in der Ausbildung befinden, soweit sie keine erkennbare Entscheidung getroffen haben, daß sie nicht wieder in den Familienhaushalt zurückkehren sowie Seeleute, Kranke in Krankenhäusern und Heilanstalten, Insassen von Strafanstalten, deren Aufenthalt zeitlich begrenzt ist.

- ⑪ Als **Sammelheizung** gelten auch Elektrospeicheröfen (Nachstromspeicherheizungen), Gasöfen, Kachelöfen, Mehrraumheizungen sowie zentral versorgte Öl-Einzelofenheizungen, wenn alle Wohn- und Schlafräume der Wohnung angeschlossen sind.

- ⑫ Vergleichbar sind Leistungen aus öffentlichen Kassen, die dazu bestimmt sind, die Belastung für den Wohnraum ganz oder teilweise zu decken. Dazu gehören z.B. Leistungen zur beruflichen Fortbildung und Umschulung sowie Ausbildungsbeihilfen.

- ⑭ Diese Frage ist von Bedeutung, bis zu welchem Höchstbetrag die Belastung bei der Berechnung des Wohngeldes zu berücksichtigen ist.

- ⑮ Der Tod eines Familienmitgliedes ist für die Dauer von 24 Monaten nach dem Sterbemonat ohne Einfluß auf die der Wohngeldberechnung zugrunde liegende Familiengröße; diese Vergünstigung entfällt jedoch z.B. bei einem Wohnungswechsel oder bei Aufnahme einer neuen Person in den Familienhaushalt.

- ⑰ **Familienmitglieder** sind der Antragsteller und seine folgenden Angehörigen

- Ehegatte,
- Großeltern, Eltern, Kinder, Enkel,
- Geschwister, Tante, Onkel, Nichte, Neffe,
- Schwiegereltern, Schwiegerkinder, Stiefeltern, Stiefkinder,
- Schwager, Schwägerin und deren Kinder, Neffe und Nichte des Ehegatten,
- Pflegekinder ohne Rücksicht auf ihr Alter und Pflegeeltern.

Familienmitglieder rechnen zum Haushalt, wenn sie mit dem Antragsteller eine Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft führen, das heißt, wenn sie Wohnraum gemeinsam bewohnen und sich ganz oder teilweise gemeinsam mit dem täglichen Lebensbedarf versorgen.

Es sind auch Personen anzugeben, die mit dem Antragsteller eine Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft führen, ohne Familienmitglieder zu sein.

Für jede Einkommensart sind die **Werbungskosten/Betriebsausgaben** gesondert anzugeben. Bei den Einnahmen aus nichtselbständiger Arbeit beträgt der vorgeschriebene Pauschbetrag der Werbungskosten jährlich 564,— DM, bei Einnahmen aus Kapitalvermögen jährlich 100,— DM; bei Ehegatten sind die Einnahmen jedes Ehegatten gesondert um den Pauschbetrag zu mindern. Höhere Werbungskosten müssen nachgewiesen werden.

Bei Renten und anderen Einnahmen dürfen nur die nachgewiesenen Werbungskosten oder Betriebsausgaben im Sinne des Einkommensteuerrechts angegeben werden.

Die Angaben über die Entrichtung von Pflichtbeiträgen zur gesetzlichen Krankenversicherung, zur gesetzlichen Rentenversicherung und von Steuern vom Einkommen sind erforderlich für den erhöhten pauschalen Abzug.

Zu den **Pflichtbeiträgen** zur gesetzlichen Rentenversicherung gehören auch die Beiträge zur Altershilfe für Landwirte.

Beiträge zur Unfallversicherung führen nicht zu einem erhöhten pauschalen Abzug.

Laufende Beiträge zu öffentlichen oder privaten Versicherungen oder ähnlichen Einrichtungen entsprechen hinsichtlich ihrer Zweckbestimmung den Pflichtbeiträgen zur gesetzlichen Krankenversicherung oder gesetzlichen Rentenversicherung, wenn sie dazu beitragen sollen, für den Beitragszahler oder dessen Familie

- a) die notwendigen Maßnahmen zum Schutz, zur Erhaltung, zur Besserung und zur Wiederherstellung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit oder
- b) die wirtschaftliche Sicherung bei Krankheit, Mutterschaft, Behinderung und Alter oder
- c) die wirtschaftliche Sicherung der Hinterbliebenen

zu gewährleisten. Geringfügige Beiträge unter 35,— DM im Monat führen nicht zu einem erhöhten pauschalen Abzug.

Steuern vom Einkommen sind die Einkommensteuer, die Lohnsteuer und die Kirchensteuer.

- ② Für Schwerbehinderte mit einem Grad der Behinderung von wenigstens 80 und für Schwerbehinderte, die pflegebedürftig im Sinne des § 69 Abs. 3 Satz 1 des Bundessozialhilfegesetzes sind oder für Bewohner eines Pflegeheimes oder der Pflegeabteilung eines Heimes, die Hilfe zur Pflege nach § 68 des Bundessozialhilfegesetzes erhalten, wird bei der Ermittlung des Jahreseinkommens ein Freibetrag bis zu 2.400,— DM berücksichtigt.

Bei Opfern der nationalsozialistischen Verfolgung und ihnen Gleichgestellten können Einnahmen bis zu einem Betrag von 1.500,— DM abgesetzt werden.

Bei Vertriebenen, Flüchtlingen, Zuwanderern und Heimkehrern ist ein Freibetrag bis zu 2.400,— DM für 4 Jahre seit Stellung des ersten Antrages auf Wohngeld zu berücksichtigen, längstens jedoch bis zum Ablauf von 10 Jahren nach der Verlegung des Wohnsitzes oder des gewöhnlichen Aufenthaltes in die Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West).

B. Aufstellung von in Betracht kommenden Unterlagen zum Antrag auf Wohngeld (Lastenzuschuß)

- a) Ausweis nach § 3 Abs. 5 des Schwerbehindertengesetzes (SchwbG), Feststellungsbescheid nach § 3 Abs. 1 SchwbG oder Nachweis, daß Pflegebedürftigkeit i.S. des § 69 Abs. 3 Satz 1 des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) vorliegt oder Hilfe zur Pflege nach § 68 BSHG in einem Pflegeheim oder der Pflegeabteilung eines Heimes gewährt wird
- b) Nachweis des Bruttoeinkommens aller zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder (Verdienstbescheinigungen)
- c) bei Rentnern: Rentenbescheide mit den letzten Änderungsmitteilungen
- d) bei Einkommensteuerpflichtigen: Einkommensteuerbescheid / ergänzende Vorauszahlungsbescheide / Einkommensteuererklärung
- e) bei Empfängern von Unterhaltsleistungen: Nachweis über Art, Höhe und Empfänger der Leistungen
- f) bei Kindern: Nachweis über Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz oder über eine Leistung i.S. des § 8 Abs. 1 des Bundeskindergeldgesetzes
- g) bei Arbeitslosen: Nachweis über bezogenes Arbeitslosengeld, bezogene Arbeitslosenhilfe oder bezogenes Unterhaltsgeld
- h) bei Empfängern von Sozialhilfe oder Kriegsopferfürsorge: Nachweis über Art und Höhe der Leistungen
- i) bei Aufwendungen zur Erfüllung gesetzlicher Unterhaltsverpflichtungen: Nachweise über die Unterhaltszahlungen, das Verwandtschaftsverhältnis zum Unterhaltsberechtigten oder den Rechtsgrund für die Unterhaltsleistungen, die Art der Berufsausbildung (in der Regel Bescheinigung der Ausbildungsstätte)
- j) bei Angehörigen besonderer Personengruppen (Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung, Vertriebene, Flüchtlinge, Zuwanderer, Heimkehrer): Nachweis über die Zugehörigkeit
- k) zur Feststellung des pauschalen Abzugs: Die Entrichtung von Pflichtbeiträgen zur gesetzlichen Krankenversicherung oder gesetzlichen Rentenversicherung sowie die Entrichtung laufender Beiträge zu öffentlichen oder privaten Versicherungen oder ähnlichen Einrichtungen, die hinsichtlich ihrer Zweckbestimmung einem der vorgenannten Pflichtbeiträge entsprechen, ist durch Vorlage von Bescheinigungen des Arbeitgebers, von Beitragsquittungen, Rentenbescheiden, jährlichen Anpassungsmitteilungen, Beitragsbescheiden der Krankenkasse oder durch Versicherungsverträge nachzuweisen.
- l) Nachweis über die Belastung aus dem Kapitalkdienst
- m) Nachweis über die Höhe der Grundsteuer und der Verwaltungskosten an andere
- n) Nachweis über Erträge aus der Überlassung von Räumen und Flächen an andere
- o) Nachweis über die Beiträge anderer zur Aufbringung der Belastung

Mit freundlichen Grüßen

Bewilligungsbehörde für Wohngeld

1555

Wohngeldnummer				
RB	Kreis	Gmd	Unterscheidungsnummer	PZ
1	2-3	4-6	7-11	12

(Falls Ihnen die Wohngeldnummer bekannt ist, bitte einsetzen)

Anlage zum Antrag auf Wohngeld vom _____
zur Ermittlung der Belastung aus Kapitaldienst und Bewirtschaftung

1 Antragsteller (Name, Vorname, ggf. Geburtsname)

Anschrift (Straße, Hausnummer, ggf. Stockwerk oder Wohnungs-Nr., Postleitzahl, Ort, ggf. Telefon)

2 Für das Gebäude/die Wohnung ist folgende jährliche Belastung aus Fremdmitteln aufzubringen:

Zu den Fremdmitteln gehören Darlehen, gestundete Restkaufgelder und gestundete öffentliche Lasten des Grundstücks mit Ausnahme der Hypothekengewinnabgabe.

Darlehenszweck	Gläubiger	Betrag des Fremdmittels DM	Zinsen DM	Tilgung DM	Lfd. Nebenleistungen DM

3 Falls ein Fremdmittel eine Festgeldhypothek ist, für deren Rückzahlung eine Personenversicherung abgeschlossen ist, geben Sie bitte das Fremdmittel an: _____

Wie hoch ist die jährliche Prämie? _____ DM.

4 Falls ein Fremdmittel nach dem 20. 06. 1948 zur Ersetzung oder Ablösung eines anderen Fremdmittels aufgenommen worden ist, geben Sie bitte an
 - den Restbetrag/Ablösungsbetrag des ersetzten/abgelösten Fremdmittels im Zeitpunkt der Ersetzung/Ablösung _____ DM,
 - die Jahresleistung für Zinsen, lautende Nebenleistungen und Tilgung im Zeitpunkt der Ersetzung/Ablösung _____ DM.

Eine Ersetzung liegt nicht vor, wenn an die Stelle eines Zwischenfinanzierungsmittels ein Dauerfinanzierungsmittel getreten ist. Eine Ablösung liegt vor, wenn ein öffentliches Baudarlehen vorzeitig vollständig zurückgezahlt worden ist.

5 Für das Gebäude/die Wohnung habe ich darüber hinaus folgende jährliche Aufwendungen:

Laufende Bürgschaftskosten _____ DM

Erbbauszinsen _____ DM

Leibrenten und sonstige wiederkehrende Leistungen

in folgender Art _____

mit folgendem Jahresbetrag _____ DM

Grundsteuer _____ DM

Verwaltungskosten an andere _____ DM

Nutzungsentgelt (siehe nachstehende Erläuterungen) _____ DM

Kosten für die Fernheizung insgesamt _____ DM

darin beträgt der Grundpreis einschl. Mehrwertsteuer _____ DM

Pachtzins für eine gepachtete Landzulage zu einer Kleinsiedlung oder
landwirtschaftlichen Nebenerwerbsstelle _____ DM.

Ein Nutzungsentgelt kommt namentlich bei Kaufeigenheimen, Trägerkleinsiedlungen, Eigentumswohnungen und Wohnungen in der Rechtsform des eigentumsähnlichen Dauerwohnrechts in Betracht. Aus dem Nutzungsentgelt bestreitet der Verkäufer bis zur Übertragung des Eigentums auf den Antragberechtigten oder der Verwalter die Ausgaben für den Kapaldienst und die Bewirtschaftung. Soweit Belastungen aus dem Kapaldienst bereits in Zeile 1 oder Belastungen aus der Bewirtschaftung an anderer Stelle im einzelnen angegeben sind, können hier nur die weiteren Belastungen aus der Bewirtschaftung eingesetzt werden.

6 Seit wann bringen Sie die Belastung für das Gebäude/die Wohnung auf? (Tag, Monat, Jahr) _____

7 Bekommen Sie Zuschüsse zur Aufbringung der Belastung, insbesondere Aufwendungsbeihilfen, Zins- oder Annuitätzuschüsse oder andere Beiträge Dritter, z. B. vom Arbeitgeber ja ☐ nein ☐

Falls ja, von wem, ab wann und in welcher Höhe monatlich? (Name, Vorname, Anschrift, Datum, DM)

8 Falls Sie einen Teil der Gesamtfläche des Gebäudes/der Wohnung einem anderen entgeltlich zum Gebrauch überlassen (z. B. vermietet) haben, geben Sie bitte die Höhe des monatlichen Entgelts an: _____ DM.

9 Falls in dem Entgelt Nebenkosten enthalten sind, geben Sie diese bitte nachstehend an. Falls für die Nebenkosten keine gesonderten Beträge vereinbart worden sind, brauchen Sie die Nebenkosten nur anzukreuzen. Es werden dann dafür vorgesehene Pauschbeträge abgesetzt.

☐ Kosten der Zentralheizung/Fernheizung _____ DM

☐ Kosten für Warmwasser/Fernwarmwasser _____ DM

☐ Zuschläge für Vollmöblierung _____ DM

☐ Zuschläge für Teilmöblierung _____ DM

☐ Zuschläge für Kühlschrankbenutzung _____ DM

☐ Zuschläge für Waschmaschinenbenutzung _____ DM

10 Falls zu dem Gebäude/der Wohnung Garagen gehören, nutzen Sie diese selbst? ja ☐ nein ☐

Sind die Garagen einem anderen zum Gebrauch überlassen? ja ☐ nein ☐

Für die Gebrauchsüberlassung erhalte ich monatlich _____ DM.

11 Haben Sie darüber hinaus Teile des Grundstücks oder dazugehörige Nebengebäude, Anlagen oder bauliche Einrichtungen einem anderen zum Gebrauch überlassen? ja ☐ nein ☐

Falls ja, für welche Teile? _____

Wieviel Entgelt erhalten Sie dafür monatlich? _____ DM.

1557

Anlage zum Antrag auf Wohngeld

vom _____

bei Aufwendungen zur Erfüllung gesetzlicher UnterhaltsverpflichtungenSchreiben Sie bitte in Druckschrift und kreuzen Sie bitte Zutreffendes so an ☐.

Wohngeldnummer

(Falls Ihnen die Wohngeldnummer bekannt ist, bitte einsetzen)

Zum Unterhalt verpflichtet sind Ehegatten untereinander, Verwandte in gerader Linie untereinander (z. B. Kinder gegenüber den Eltern), der Vater gegenüber seinem nichtehelichen Kind, der Vater gegenüber der Mutter seines nichtehelichen Kindes aus Anlaß der Geburt, geschiedene Ehegatten untereinander.

Antragsteller (Name, Vorname, ggf. Geburtsname)

Anschrift (Straße, Hausnummer, Stockwerk, ggf. Wohnungsnummer, Postleitzahl, Ort, ggf. Telefon)

Von den zu meinem Haushalt rechnenden Familienmitgliedern leisten Unterhalt
Name, Vorname

an (Name, Vorname, Verwandtschaftsverhältnis, Anschrift)

in folgender Höhe monatlich _____ DM.

	Name, Vorname	Name, Vorname
Die Unterhaltsleistungen sind bestimmt für		
a) die auswärtige Unterbringung eines in der Berufsausbildung befindlichen, zum Haushalt rechnenden Familienmitgliedes,	☐	☐
b) eine nicht zum Haushalt rechnende Person, für die Kindergeld oder vergleichbare Leistungen (Kinderzulage, Kinderzuschläge) gewährt werden,	☐	☐
c) die auswärtige Unterbringung einer in der Berufsausbildung befindlichen, nicht zum Haushalt rechnenden Person, für die Kindergeld oder vergleichbare Leistungen gewährt werden,	☐	☐
d) eine nicht zum Haushalt rechnende Person, für die weder Kindergeld noch vergleichbare Leistungen gewährt werden,	☐	☐
e) den geschiedenen oder dauernd getrennt lebenden Ehegatten (eingeschlossen sind Nichtigkeit oder Aufhebung der Ehe)	☐	☐

Ort, Datum, Unterschrift

1559

Verdienstbescheinigung**zum Antrag auf Wohngeld**

(Auskunftspflicht des Arbeitgebers nach § 25 Abs. 2 des Wohngeldgesetzes)

Wohngeldnummer

Zutreffendes bitte ausfüllen oder ankreuzen ☒

Arbeitnehmer (Name, Vorname)		Anschrift	
------------------------------	--	-----------	--

Geburtsdatum	beschäftigt vom — bis	als (Beruf/Tätigkeit)	Steuerklasse	Kinder lt. Steuerkarte
--------------	-----------------------	-----------------------	--------------	------------------------

1 Steuerpflichtige Bruttoeinnahmen in den letzten zwölf Monaten vor Stellung des Antrages auf Wohngeld (ohne Sonderzuwendungen, vgl. Zeile 2):

Monat	198	DM	Monat	198	DM
Monat	198	DM	Monat	198	DM
Monat	198	DM	Monat	198	DM
Monat	198	DM	Monat	198	DM
Monat	198	DM	Monat	198	DM
Monat	198	DM	Monat	198	DM
Monat	198	DM	Monat	198	DM
		Summe			DM

Davon vermögenswirksame Leistungen nach dem 4. VermBG, die vom Arbeitgeber an den Arbeitnehmer zusätzlich und über den geschuldeten Arbeitslohn hinaus erbracht wurden.

Seit 198 Prämien sparen ☐ Bausparen ☐ Lebensversicherung ☐

Arbeitnehmer-Sparzulage	DM
-------------------------	----

2 Sonderzuwendungen folgender Art (gezahlt oder zu erwartende):

Weihnachtsgeld	DM
Zusätzliches Urlaubsgeld	DM
Zusätzliche Monatsgehälter	DM
Sonstige Leistungen	DM

3 Steuerfreie Bezüge folg. Art. (z. B. Schlechtwetterg., Zuschl. f. Sonn-, Feiertags- u. Nachtarbeit usw.):

	DM
--	----

4 Sachbezüge folgender Art (soweit nicht in den Beträgen zu 1 enthalten):

	DM
--	----

5 Ausfallzeiten aus folgendem Grund:

	vom — bis
--	-----------

6 Änderung der Einnahmen. Werden sich die Einnahmen des Arbeitnehmers in den nächsten 12 Monaten verringern oder um mehr als 10 v. H. erhöhen?☐ ja ☐ nein**6.1** Falls ja, ab wann und in welcher Höhe monatlich? (Datum, DM)

--

6.2 Grund für die Verringerung oder erhebliche Erhöhung der Einnahmen:

--

7 Krankenversicherung, Rentenversicherung und Steuern. Der Arbeitnehmer entrichtet:

- | | |
|---|---|
| 7.1 Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung | ☐ ja ☐ nein |
| 7.2 Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung | ☐ ja ☐ nein |
| 7.3 Laufende Beiträge zu öffentlichen oder privaten Versicherungen oder ähnlichen Einrichtungen, die hinsichtlich ihrer Zweckbestimmung Pflichtbeiträgen zur gesetzlichen Krankenversicherung oder Pflichtbeiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung entsprechen | ☐ ja ☐ nein |
| 7.4 Steuern vom Einkommen (Einkommen-, Lohn-, oder Kirchensteuer) | ☐ ja ☐ nein |

8 Krankenversicherung (Name und Anschrift der Krankenkasse)

--

Hinweis

Wenn Krankengeld oder Mutterschaftsgeld bezogen wird oder bezogen wurde, bitte die Rückseite dieses Vordruckes von der zuständigen Krankenkasse vervollständigen lassen.

Bei Bezug von Unterhaltsgeld, Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe oder Berufsausbildungsbeihilfe nach § 40 a des Arbeitsförderungsgesetzes bitte die Leistungsbescheide des Arbeitsamtes vorlegen.

9 Das Ausbildungsverhältnis des Auszubildenden hat begonnen am _____
und endet am _____

Die Vergütung des Auszubildenden beträgt im 1. Ausbildungsjahr _____ DM 3. Ausbildungsjahr _____ DM
2. Ausbildungsjahr _____ DM 4. Ausbildungsjahr _____ DM

Ich versichere, daß die in dieser Bescheinigung gemachten Angaben vollständig und wahr sind. Ich bin mir bewußt, daß falsche Angaben strafrechtlich verfolgt werden können.

Ort, Datum _____ Telefon _____ Stempel und Unterschrift des Arbeitgebers _____

Bestätigung der Krankenkasse

Versicherter (Name, Vorname) _____ Anschrift _____

Geburtsdatum _____ Bestätigungszeitraum _____

Die/der Versicherte

- ☐ war bzw. ist arbeitsunfähig krank und erhielt bzw. erhält folgendes Krankengeld:
☐ unterlag bzw. unterliegt der Schutzfrist und erhielt bzw. erhält folgendes Mutterschaftsgeld:

vom — bis	Tage	Tagessatz DM	Gesamtbetrag DM	bei wöchentlich
				Tagen
				Tagen
				Tagen

Von dem Krankengeld wurden

- ☐ keine Beträge einbehalten; ☐ folgende Beträge einbehalten:

Zeitraum	DM	Grund

Aktenzeichen _____ Telefon _____ Stempel und Unterschrift _____

Ort, Datum _____

Bescheinigung des Finanzamtes

(Nur bei erhöhten Werbungskosten aus nichtselbständiger Arbeit erforderlich)

Finanzamt _____ Ort, Datum _____

Dem umseitig benannten Arbeitnehmer wird bescheinigt, daß im Kalenderjahr _____

bei den Einnahmen aus nichtselbständiger Arbeit Werbungskosten gem. § 9 EStG in Höhe von _____ DM
insgesamt (einschl. des Pauschbetrages nach § 9 a Nr. 1 EStG)

in Worten _____

_____ Deutsche Mark
☐ anerkannt wurden; ☐ voraussichtlich anerkannt werden.

Unterschrift _____

Dienstsiegel _____

Bescheinigung des Arbeitsamtes (bei Bezug von Arbeitslosengeld/Arbeitslosenhilfe)

Der umseitig benannte Arbeitnehmer war in den letzten zwölf Monaten vor der Antragstellung auf Wohngeld während folgender Zeiten arbeitslos:

Der Arbeitnehmer erhielt in der Zeit	Arbeitslosengeld/-hilfe von
vom — bis	wöchentlich DM

Ort, Datum _____ Telefon _____ Stempel und Unterschrift des Arbeitsamtes _____

Wohngeld-Lastenberechnung

zum Antrag vom 198 , Wohngeldnummer

Gegenstand der Wohngeld-Lastenberechnung:

Der nachfolgenden Berechnung liegt / die zu erwartende Belastung für den Zeitraum vom 198.....

bis zum 198 / die Belastung für das Kalenderjahr 198 / zugrunde. *)

1 Ausweisung der Fremdmittel und der Belastung aus dem Kapitaldienst

1.1 Jährliche Belastung aus Fremdmitteln

[illegible]

1.2 Laufende Bürgschaftskosten (jährlich) DM

1.3 Erbbauzinsen (jährlich) DM

1.4 Renten und sonstige wiederkehrende Leistungen (jährlich) DM

Jährliche Belastung aus dem Kapitaldienst **DM**

2 Ausweisung der Belastung aus der Bewirtschaftung

2.1 Instandhaltungs- und Betriebskosten
Wohnfläche und Nutzfläche der Geschäftsräume qm x 20,00 DM DM

2.2 Jährliche Grundsteuer

2.3 Jährliche Verwaltungskosten an andere

2.4 Jährliche Kosten für die Fernheizung ohne Betriebskosten

Jährliche Belastung aus der Bewirtschaftung

3 Pachtzins für die gepachtete Landzulage (jährlich) **DM**

Übertrag (Summe 1 bis 3) DM.

*) Nichtzutreffendes bitte streichen

Übertrag (Summe 1 bis 3) DM

4 Abzüglich Beträge Dritter zur Aufbringung der Belastung (jährlich)

Art der Beiträge: DM

5 Abzüglich Ertrag oder Nutzungswert der Garage DM**6 Es verbleiben** DM**7 Belastung für Räume oder Flächen, die von dem Antragberechtigten oder einem zu seinem Haushalt rechnenden Familienmitglied ausschließlich gewerblich oder beruflich benutzt werden =**..... $qm \times \frac{\text{Betrag zu 6}}{\text{Gesamtfläche}}$ DM**8 Belastung für Wohnraum, der einem anderen unentgeltlich oder entgeltlich zum Gebrauch überlassen ist, abzüglich der Beträge zur Deckung der Kosten des Betriebs zentraler Heizungs- und Warmwasserversorgungsanlagen sowie zentraler Brennstoffversorgungsanlagen, der Betriebskosten für die Fernheizung und der Vergütungen für die Überlassung von Möbeln, Kühlschränken und Waschmaschinen =****8.1** $qm \times \frac{\text{Betrag zu 6}}{\text{Gesamtfläche}}$ DM**8.2 Tatsächlich erzielt es Entgelt abzüglich der anteiligen Kosten und Vergütungen** DM**8.3 Anzusetzender Betrag** DM**9 Summe 7 und 8** DM**10 Belastung für die eigengenutzte Wohnfläche** jährlich DMmonatlich DM

Im Auftrag

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

Einkommensermittlung bei nichtbuchführungspflichtigen Landwirten

A. Einnahmen (jährlich)

1. Wert der Arbeitsleistung (Berechnung siehe Rückseite)	_____	DM
2. Zuschlag für Betriebsleitung 4,8 v. H. des Vergleichswerts von _____	_____	DM
3. Reinertrag der landw. Nutzung 8,4 v. H. des Vergleichswerts von _____	_____	DM
4. Sonstige Einnahmen		
4.1 Pachteinnahmen	_____	DM
4.2 Gewinne aus nachhaltigen oder einmaligen Betriebseinnahmen (z. B. aus Forstwirtschaft, Gartenbau, Weinbau, übernormaler Tierhaltung), sofern bei Veranlagung zur Einkommensteuer gesondert festgestellt	_____	DM
4.3 Gewinn aus Veräußerung von Grund und Boden	_____	DM
4.4 _____	_____	DM
5. Mietwert der eigengenutzten Wohnung (Jahresbetrag) — nur anzusetzen im Falle einer Mietzuschußgewährung	_____	DM
Summe der Einnahmen (Jahresbetrag)	=====	DM

B. Abzugsfähige Beträge (jährlich)

1. Pachtzinsen bis zum Höchstbetrag von 8,4 v. H. des Vergleichswerts der gepachteten Flächen	_____	DM
2. Altenteilslasten	_____	DM
3. Schuldzinsen und andere dauernde Lasten, die Betriebsausgaben sind	_____	DM
4. Sonstige Abzüge	=====	DM
Summe der Abzüge (Jahresbetrag)	=====	DM
A. Summe der Einnahmen	_____	DM
abzügl. B. Summe der Abzüge	=====	DM
Einkommen (jährlich) aus Land- und Forstwirtschaft	=====	DM

Im Auftrag

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

Anmerkung: In Nummern 1, 2 und 3 sind die Flächen des Weinbaues, des Gartenbaues und der Sonderkulturen in die Berechnung einzubeziehen, wenn der Gewinn aus diesen Flächen nicht bei der Veranlagung gesondert festgestellt wird.

Ermittlung des Wertes der Arbeitsleistung (jährlich)

Als Wert der Arbeitsleistung *) ist anzusetzen:

1. bei Betrieben mit 14 ha und mehr der dreieinhalbfache Satz der Unterhalts-
hilfe nach § 269 Abs. 1 LAG

= 3,5 x _____ DM x 12 = _____ DM

2. bei Betrieben mit weniger als 14 ha jeweils $\frac{1}{14}$ des Gesamtbetrages zu 1.

je ha _____ DM x Hektarzahl _____ = _____ DM

3. bei Betrieben mit weniger als 12 ha der nach 2. errechnete Gesamtbetrag ge-
kürzt

um 30 v. H. für Betriebe bis 4 ha _____ DM

um 20 v. H. für Betriebe von 5 bis 8 ha _____ DM

um 10 v. H. für Betriebe von 9 bis 11 ha _____ DM

4. Von dem Wert der Arbeitsleistung sind, jedoch nicht über diesen Betrag
hinaus, abzuziehen bei einem Grad der Behinderung von

50 bis 65 10 v. H. des Betrages, mindestens 840,— DM / . _____ DM

mehr als 65 bis 85 15 v. H. des Betrages, mindestens 1080,— DM / . _____ DM

mehr als 85 25 v. H. des Betrages, mindestens 1560,— DM / . _____ DM

Wert der Arbeitsleistung (jährlich) _____ DM

*) Der Wert der Arbeitsleistung ist jeweils in der Zeile auszuwerten, die der Betriebsgröße entspricht, so daß davon im Falle der Behinderung der unter Nummer 4 nach Grad dieser Behinderung ausgewiesene Betrag abzusetzen ist.

Anlage 6 Muster 3 a

Anw.-Nr	Schlüsseltext
13 — 14	15 — 20
	04 87 00

Eingang des Antrags	001	Tag	Monat	Jahr
Mietzuschuß Lastenzuschuß	002			
Soziale Stellung	003			
Wohnverhältnisse	004			
Familienmitglieder	005			
Verstorbene Familienmitglieder	007			
Fristablauf verstorbene Familienmitglieder	008	Tag	Monat	Jahr
Schwerbehinderte Familienmitglieder	010			
Bezugserfähigkeit	015	Jahr		
Bezug der Wohnung	016	Tag	Monat	Jahr
Zahlung der Miete / Belastung	017	Tag	Monat	Jahr
Öffentliche Förderung	018			
Gesamtfläche qm	020			
Sammelhheizung Bad oder Duschraum	022			
Untervermietete vermietete Fläche	028			
Beruflich benutzte Fläche	029			
Miete / Mietwert / Belastung DM	031			
Betriebskosten für Heizung DM	033			
Betriebskosten für Warmwasser DM	034			
Betriebskosten für Warmwasser DM	035			
Betriebskosten für Warmwasser DM	036			
Untermietungszuschläge DM	038			
Zuschläge für andere Nutzung DM	039			
Zuschläge für andere Nutzung DM	040			
Vergütung für Möblierung DM/qm	041			
Vergütung für Möblierung DM/qm	042			
Kühschränke Waschmaschinen DM	043			
Einnahmen aus Untervermietung DM	050			
Möblierung	051			
Heizung / Warmwasserversorgung	052			
Ander Nebenleistungen	053			
Fristablauf Freibetrag § 16	796	Tag	Monat	Jahr
Nachzahlungsbetrag	797			
Einmalige Zahlung an zweiten Zahlungsempfänger	798			
Aufrechnung von überzahltem Wohngeld	799			
Anteiliges Wohngeld an Sozialhilfeträger	800			
Gemeindekenntnissatz	803			
Sozialhilfeempfänger	948			

1	Land- und Forstwirtschaft	101		201		301		401		501	
2	Gewerbe	102		202		302		402		502	
3	Selbständige Arbeit	103		203		303		403		503	
4	Erhöhte Absetzungen zu 1 — 3	104		204		304		404		504	
5	Nichtselbständige Arbeit	105		205		305		405		505	
6	Werbungskosten zu 5	106		206		306		406		506	
7	Sonstige Einnahmen	107		207		307		407		507	
8	Werbungskosten zu 7	108		208		308		408		508	
9	Erhöhte Absetzungen zu 7	109		209		309		409		509	
10	Einnahmen § 14	110		210		310		410		510	
11	davon nicht außer Betracht bleibende Einnahmen	111		211		311		411		511	
12	Kinderfreibeträge	112		212		312		412		512	
13	Unterhaltsverpflichtungen § 12a	141		241		341		441		541	
14	Freibetrag § 15 Abs. 2	142									
15	Freibetrag § 16	144		244		344		444		544	

1	Freibeträge § 15 Abs. 3	143	243	343	443	543
---	----------------------------	-----	-----	-----	-----	-----

1	Pauschaler Abzug § 17	145	245	345	445	545
---	-----------------------	-----	-----	-----	-----	-----

1	Pauschaler Abzug § 17	151		251		351		451		551
---	-----------------------	-----	--	-----	--	-----	--	-----	--	-----

1	Freibeträge § 15 Abs. 3	181		281		381		481		581	
2	Freibeträge § 15 Abs. 4	182		282		382		482		582	

1	Berechnungsart	700				Angaben § 14 Abs. 1 Nr. 6 § 14 Abs. 1 Nr. 29 § 15 Abs. 1
2	Kontoblattanforderung	772				
3	Beginn des Zahlungszeitraumes	773	Tag	Monat	Jahr	
4	Ende des Zahlungszeitraumes	774	Tag	Monat	Jahr	
5	Kontrollsumme	999				

§ 14 Abs. 1 Nr. 6	941		
§ 14 Abs. 1 Nr. 29	942		
§ 15 Abs. 1	943		

Kennzahl	Ergänzung

(Unterschrift)

(Ort, Datum)

Eingabewertbogen Wohngeld

für Folgeeingaben

Einkommensgrundlagen / allgemein

Wohngeldnummer									
RB	Kreis	Gmd.	Unterscheidungsnummer	PZ					
1	2 — 3	4 — 6	7 — 11	12					
1	Land- und Forstwirtschaft	101	201	301	401				
2	Gewerbe	102	202	302	402				
3	Selbständige Arbeit	103	203	303	403				
4	Erhöhte Absetzungen zu 1 — 3	104	204	304	404				
5	Nichtselbständige Arbeit	105	205	305	405				
6	Werbungskosten zu 5	106	206	306	406				
7	Sonstige Einnahmen	107	207	307	407				
8	Werbungskosten zu 7	108	208	308	408				
9	Erhöhte Absetzungen zu 7	109	209	309	409				
10	Einnahmen § 14	110	210	310	410				
11	davon nicht außer Betracht bleibende Einnahmen	111	211	311	411				
12	Kinderfreibeträge	112	212	312	412				
13	Unterhaltsverpflichtungen § 12a	141	241	341	441				
14	Freibetrag § 15 Abs. 2	142							
15	Freibetrag § 16	144	244	344	444				

Einkommensgrundlagen / Recht 1. 1. 1981 — 28. 2. 1983

1	Freibeträge § 15 Abs. 3	143	243	343	443				
---	-------------------------	-----	-----	-----	-----	--	--	--	--

Einkommensgrundlagen / Recht 1. 1. 1981 — 30. 6. 1983

1	Pauschaler Abzug § 17	145	245	345	445				
---	-----------------------	-----	-----	-----	-----	--	--	--	--

Einkommensgrundlagen / Recht ab 1. 7. 1983

1	Pauschaler Abzug § 17	151	251	351	451				
---	-----------------------	-----	-----	-----	-----	--	--	--	--

Einkommensgrundlagen / Recht ab 1. 1. 1986

1	Freibeträge § 15 Abs. 3	161	261	361	461				
2	Freibeträge § 15 Abs. 4	162	262	362	462				

1	Berechnungsart	700			
2	Kontoblattenanforderung	772			
3	Beginn des Zahlungszeitraumes	773	Tag	Monat	Jahr
4	Ende des Zahlungszeitraumes	774	Tag	Monat	Jahr
5	Kontrollsumme	999			

Angaben	
§ 14 Abs. 1 Nr. 6	
§ 14 Abs. 1 Nr. 29	
§ 15 Abs. 1	

Angaben für statistische Auswertung

§ 14 Abs. 1 Nr. 6	941			
§ 14 Abs. 1 Nr. 29	942			
§ 15 Abs. 1	943			

Erläuterungstexte

Kennzahl	Ergänzung

Im Auftrag

Die richtige und vollständige Ermittlung der Daten wird bestätigt.

(Unterschrift)

Im Auftrag

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

Anlage 7 Muster 3 b

Anw.-Nr.	Schlüsseltext
13 — 14	15 — 20
	0 4 8 7 0 0

□

Anschrift - Antragsteller oder Zahlungsempfänger -		Ansrede (21)		Name, Vorname (22-44)		Anw.-Nr. 13 - 14		Schlüsseltext 15 - 20	
Straße, Hausnummer (45-60)		PLZ (61-64)		Ort (65-80)				018700 018701 018702	
Unbare Zahlung		Barkleitzahl (21-28)		Konto-Nr. (61-70)		Anw.-Nr. 13 - 14		Schlüsseltext 15 - 20	
Bezeichnung des Kreditinstituts (Bank, Sparkasse, Postcheckamt) (29-60)								026700 026701 026702	

[illegible]

1	Berechnungszeit	700			
2	Wohngehaltkontobett	772			
3	Beginn des Zahlungszeitraums	773	Tag	Monat	Jahr
4	Ende des Zahlungszeitraums	774	Tag	Monat	Jahr
5	Kontrollsumme	999			

(Ort, Datum)
Im Auftrag

(Unterschrift)

[illegible]

□

[illegible]

Anschrift - Antragsteller oder Zahlungsempfänger -										Adresse (29)										Name, Vorname (22-44)										Anw.-Nr. 13 - 14										Schlüsseltext 15 - 20																													
Straße, Hausnummer (45-60)																				PLZ (61-64)										Ort (65-80)																														018700 018701 018702									
Unbare Zahlung																				Barkaufszahl (21-28)																				Konto-Nr. (61-70)										Anw.-Nr. 13 - 14										Schlüsseltext 15 - 20									
Bezeichnung des Kreditinstituts (Bank, Sparkasse, Postcheckamt) (29-60)																																																												028700 028701 028702									

[illegible]

1	Berechnungsart	700			
2	Wohngeklkontoblatt	772			
3	Beginn des Zahlungszeitraums	773	Tag	Monat	Jahr
4	Ende des Zahlungszeitraums	774	Tag	Monat	Jahr
5	Kontrollsumme	999			

Die richtige und vollständige Ermittlung der Daten wird bestätigt.

(Orig. Delivered)

Im Auftrag

(Unterschrift)

Im Auftrag

(Unterschrift)

Eingabewertbogen Wohngeld

Unterbrechung – Einstellung

Wohngeldnummer				
RB	Kreis	Gemeinde	Unterscheidungsnummer	PZ
1	2-3	4-6	7-11	12

1	Unterbrechung der Zahlung		Anw.-Nr. 13-14	Schlüsseltext 15-20 91 87 00		
	Anweisungstag für die Unterbrechung		Tag	Monat	Jahr	
2	Aufhebung der Unterbrechung		Anw.-Nr. 13-14	Schlüsseltext 15-20 91 87 10		
	Anweisungstag für die Aufhebung		Tag	Monat	Jahr	
3	Einstellung einer laufenden (gleichbleibenden) Zahlung des laufenden oder eines bereits abgelaufenen Zahlungszeitraums		Anw.-Nr. 13-14	Schlüsseltext 15-20 92 87 00		
	3.1	Erster Zeitraum				
	a) Beginn des Zahlungszeitraums auf den sich die Einstellung erstreckt		Tag	Monat	Jahr	
	b) Einstellung der Wohngeldzahlung mit Ablauf des		Tag	Monat	Jahr	
			Kontrollsumme			
	3.2	Zweiter Zeitraum	Anw.-Nr. 13-14	Schlüsseltext 15-20 92 87 00		
		a) Beginn des Zahlungszeitraums auf den sich die Einstellung erstreckt		Tag	Monat	Jahr
		b) Einstellung der Wohngeldzahlung mit Ablauf des		Tag	Monat	Jahr
				Kontrollsumme		

Anmerkung zu Nummer 3:

Einmalig festgesetzte Wohngeldbeträge sind durch Anweisung von Unterschiedsbeträgen mit Muster 7 (Tz 2) aufzuheben oder zu berichtigen.

Die richtige und vollständige Ermittlung der Daten wird bestätigt

Im Auftrag

(Unterschrift)

Im Auftrag

(Unterschrift)

(Ort, Datum)

Eingabewertbogen Wohngeld

für laufende und einmalige Zahlungen

Wohngeldkontoblatt

Inausgabebelegung überzahlten Wohngeldes

Wohngeldnummer				
RS	Kreis	Gmd.	Unterscheidungsnummer	PZ
1	2-3	4-6	7-11	12

Anschrift – Antragsteller oder Zahlungsempfänger –	Anrede (21)		Name, Vorname (22–44)		Anw.-Nr.	Schlüsseltext
					13–14	15–20
	Straße		Hausnummer (45–60)	PLZ (61–64)	Ort (65–80)	
Unbare Zahlung	Bankleitzahl (21–28)		Konto-Nr. (61–70)		Anw.-Nr.	Schlüsseltext
					13–14	15–20
	Bezeichnung des Kreditinstituts (Bank, Sparkasse, Postscheckamt!) (29–60)					02 87 00 02 87 01 02 87 02

1	Anweisung für die laufende Auszahlung von Wohngeld				Anw. Nr.	Schlüsseltext
					13–14	15–20
						06 87 00 06 87 10
	1.1	Betrag des monatlich auszahlenden Wohngeldes			DM	Pf
	1.2	Beginn des Zahlungszeitraums			Monat	Jahr
1.3	Ende des Zahlungszeitraums			Monat	Jahr	
1.4	Soll für den Zahlungszeitraum – Tz 1.3 bis 1.4 –			DM	Pf	

Kontrollsumme	
---------------	--

2	Anweisung für die Auszahlung oder Rückforderung von einmaligen Wohngeldbeträgen (Teilbeträge des laufenden Zahlungszeitraums oder Festsetzungen für Zeiträume vor dem laufenden Zahlungszeitraum)				Anw. Nr.	Schlüsseltext	
					13–14	15–20	
						23 87 00	
	2.1	Anweisungstag			Tag	Monat	Jahr
	2.2	Fälligkeitstermin			Tag	Monat	Jahr
2.3	Auszahlender (schwarz einzutragender) oder zurückzufordernder (rot einzutragender) Betrag (= Unterschiedsbetrag zur bisherigen Festsetzung)			DM	Pf		

Kontrollsumme	
---------------	--

3	Wohngeldkontoblatt				Anw. Nr.	Schlüsseltext
					13–14	15–20
	Eingabe folgender Berechnungsdaten					
		700	6	772		

4	Inausgabebelegung überzahlten Wohngeldes				Anw. Nr.	Schlüsseltext
					13–14	15–20
						72 87 00
4.1	Anweisungstag			Tag	Monat	Jahr
4.2	Betrag			DM	Pf	

Die richtige und vollständige Ermittlung der Daten wird bestätigt

Im Auftrag

(Unterschrift)

Im Auftrag

(Unterschrift)

(Ort, Datum)

Anlage 11
Muster 8

LANDESAMT
FÜR DATENVERARBEITUNG UND STATISTIK
NORDRHEIN-WESTFALEN
IM AUFTRAG DER
OBERFINANZDIREKTION DÜSSELDORF
OBERFINANZKASSE (LAND)

244.1618

WOHNGELDKONTOBLATT

DÜSSELDORF, DEN

FÜR DIE BEHÖRDE BLATT

STAND:

ZAHLUNGS-INFORMATIONEN:

797/

798/

799/

800/

ZAHLUNGS-UNTERBRECHUNG:

SOLL

IST

BUCHUNGS-
DATUM
1

GESAMT/
ZEITRAUM
2

ZEITRAUM
VON 3 BIS 4

MONATS-
BETRAG
5

GESAMT/FÄLLIG.
6

BUCHUNGS-
DATUM 7
IST-
BETRAG 8

GESAMT-IST BIS

GESAMTBETRAG/SOLL (BIS FÄLLIGKEIT):

GESAMTBETRAG/IST:

VERBLEIBENDER KASSENREST:

(Bewilligungsbehörde für Wohngeld)

(Wohngeldnummer)

Betrifft: Wohngeld

hier: Wiederholungsantrag

Sehr geehrter Wohngeldempfänger!

Der Bewilligungszeitraum für die laufenden Wohngeldzahlungen endet am _____.

Das Wohngeld kann nur weiterbewilligt werden, wenn Sie einen neuen Antrag stellen. Dieser Antrag ist spätestens bis zum _____ einzureichen,

wenn der neue Bewilligungszeitraum unmittelbar an den abgelaufenen Bewilligungszeitraum anschließen soll. Es empfiehlt sich jedoch, den Antrag unter Verwendung des beiliegenden Vordrucks schon jetzt einzureichen, weil sich sonst Verzögerungen in der Wohngeldzahlung nicht vermeiden lassen.

Dem Antrag sind die Nachweise beizufügen, die für die Entscheidung von Bedeutung sind. Diese können auch nachgereicht werden. Beachten Sie bitte die beigelegte Aufstellung der in Betracht kommenden Unterlagen und die Erläuterungen zum Antrag. Es liegt auch in Ihrem Interesse, daß Sie die beiliegenden Vordrucke vollständig ausfüllen, damit die Bearbeitung des Antrags nicht durch zeitraubende Rückfragen verzögert wird.

Um alle Anträge schnell bearbeiten zu können, werden Sie gebeten, von persönlichen Vorsprachen abzusehen. Falls eine Rücksprache erforderlich ist, erhalten Sie eine schriftliche Einladung.

Sollten Sie bereits einen Wiederholungsantrag gestellt haben, so betrachten Sie bitte dieses Schreiben als erledigt.

Mit freundlichen Grüßen
Bewilligungsbehörde für Wohngeld

(Unterschrift)

(Bewilligungsbehörde für Wohngeld)

(Ort, Datum)

An die
Außenstelle des Landesamtes für Datenverarbeitung
und Statistik Nordrhein-Westfalen
Concordiastraße 32 (Berocenter)
4200 Oberhausen 1

Betrifft: Wohngeld

hier: Arbeitsbegleitzettel für maximal 300 Eingabewertbogen

RB	Bewilligungsbehörde		Aufgabengebiet	Lfd. Nummer des Arbeitsbegleitzettels
	Kreis	Gemeinde		
			1618	

Als Anlage übersende ich _____ Eingabewertbogen mit der Bitte um weitere Veranlassung.

Im Auftrag

(Unterschrift)

4200 Oberhausen, den _____

Urschriftlich an den Absender zurückgesandt.

Die Zahl der Eingabewertbogen weicht von der angegebenen Zahl ab. Durch das LDS wurden _____ Eingabewertbogen gezählt.

Im Auftrag

(Unterschrift)

Eingabewertbogen Wohngeld

Wohngeldauskunftsverfahren

Wohngeldnummer				
RB	Kreis	Gmd.	Unterscheidungsnummer	PZ
1	2-3	4-6	7-11	12

Name und Anschrift des Antragstellers: _____

		Anw.-Nr. 13-14	Schlüsseltext 15-20
Anweisung für die Beteiligung am Wohngeldauskunftsverfahren			03 87 00
Änderungsschlüssel DTA: Zugang = 1 Änderung = 2 Abgang = 4			21
Schlüssel Sozialamt: Abgang = 0 Zugang — Wohngeld nicht an das Sozialamt gezahlt = 1 Zugang — Wohngeld an das Sozialamt gezahlt = 2 Zugang — Nachzahlung und Zahlung für den laufenden Monat an das Sozialamt gezahlt = 3			23
Schlüssel Kasse: Abgang = 0 Zugang = 1			24
Aktenzeichen Sozialamt:		27-40	
Kassenzeichen:		41-60	

		Anw.-Nr. 13-14	Schlüsseltext 15-20
Zahlungsempfänger 1	Anrede (21) Name, Vorname (22-44)		
Straße, Hausnummer (45-60)	PLZ (61-64)	Ort (65-80)	01 87 01
Zahlungsempfänger 2	Anrede (21) Name, Vorname (22-44)		
Straße, Hausnummer (45-60)	PLZ (61-64)	Ort (65-80)	01 87 02
Unbare Zahlung Zahlungsempfänger 1	Bankleitzahl (21-28)	Konto-Nr. (61-70)	
Bezeichnung des Kreditinstituts (Bank, Sparkasse, Postscheckamt) (29-60)			02 87 01
Unbare Zahlung Zahlungsempfänger 2	Bankleitzahl (21-28)	Konto-Nr. (61-70)	
Bezeichnung des Kreditinstituts (Bank, Sparkasse, Postscheckamt) (29-60)			02 87 02

		Anw.-Nr. 13-14	Schlüsseltext 15-20
			0 4 8 7 0 0
Eingabe folgender Berechnungsdaten	700 6	Anteiliges Wohngeld an Sozialhilfeträger	800
		Sozialhilfeempfänger	948

Die richtige und vollständige Ermittlung der Daten wird bestätigt.

Im Auftrag

(Unterschrift)

Im Auftrag

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

II.

Hinweise

Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen

Nr. 19 v. 1. 10. 1985

(Einzelpreis dieser Nummer 2,50 DM zuzügl. Portokosten)

	Seite		Seite
Allgemeine Verfügungen		denn, daß dadurch der Zweck der Beweissicherung vereitelt würde. Eine von einer Partei erst im anschließenden Hauptprozeß angebrachte Ablehnung des Sachverständigen ist unzulässig, wenn ihr die behaupteten Ablehnungsgründe schon während des Beweissicherungsverfahrens (hier: durch das Gutachten selbst) bekannt gewesen oder geworden sind.	
Anordnung über Mitteilungen in Zivilsachen (MiZi)	217	OLG Düsseldorf vom 23. August 1985 - 23 W 31/85	223
Amtsärztliche Untersuchungen und Begutachtungen von Justizbediensteten	217	2. PStG § 47; BGB § 1355 II Satz 1; EGBGB Art. 14 - Schließen gemischtnationale Verlobte (hier: Türke und Deutsche) mit ständigem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland vor einem deutschen Standesbeamten die Ehe, so können die Verlobten den Geburtsnamen der deutschen Ehefrau als gemeinsamen Ehenamen bestimmen, auch wenn das Heimatrecht des ausländischen Ehemannes eine solche Namenswahl nicht kennt und deshalb auch nicht anerkennt.	
Berufsschulunterricht in Justizvollzugsanstalten	220	OLG Hamm vom 13. Juni 1985 - 15 W 84/83	225
Bekanntmachungen	220		
Personalnachrichten	221		
Ausschreibungen	223		
Rechtsprechung			
Zivilrecht			
1. ZPO §§ 406, 485 ff. - Die Ablehnung eines Sachverständigen wegen Besorgnis der Befangenheit im Beweissicherungsverfahren ist grundsätzlich zulässig, es sei			

- MBL NW. 1985 S. 1577.

Nr. 20 v. 15. 10. 1985

(Einzelpreis dieser Nummer 2,50 DM zuzügl. Portokosten)

	Seite		Seite
Allgemeine Verfügungen		Durchführungsbestimmungen zum Gesetz über die Prozeßkostenhilfe (DB - PKHG)	229
Dritte Verwaltungsverordnung zur Änderung der Verwaltungsverordnung über die Inanspruchnahme von Gerichtsvollziehern nach dem Verwaltungsvollstreckungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen		Bekanntmachungen	238
- VerwVO VwVG NW -	229	Personalnachrichten	238
		Ausschreibungen	240

- MBL NW. 1985 S. 1577.

Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen**Nr. 57 v. 21. 10. 1985**

(Einzelpreis dieser Nummer 1,85 DM zuzügl. Portokosten)

Glied.- Nr.	Datum		Seite
2036	24. 9. 1985	Dritte Verordnung zur Änderung der Zuständigkeitsverordnung G 131	592
216	23. 9. 1985	Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Jugendschutzgesetz und dem Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften	592
7123	24. 9. 1985	Neunte Verordnung zur Änderung der 2. Berufsbildungs-Zuständigkeitsverordnung	592
7123	24. 9. 1985	Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung zum Verwaltungsfachangestellten/zur Verwaltungsfachangestellten im Lande Nordrhein-Westfalen – Fachrichtungen Allgemeine Verwaltung des Landes und Kommunalverwaltung –	593
7124	24. 9. 1985	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Zuständigkeiten nach der Handwerksordnung	593
75	24. 9. 1985	Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Fernwärme	593
	30. 9. 1985	6. Nachtrag zur Urkunde vom 31. Dezember 1958 (GV. NW. 1959 S. 11) über die Verlängerung der Verleihung des Rechts zum Betrieb der Neusser Eisenbahn	594

– MBl. NW. 1985 S. 1578.

Einzelpreis dieser Nummer 15,- DM

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den August Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 68 88/238 (8.00–12.30 Uhr), 4000 Düsseldorf 1

Bezugspreis halbjährlich 81,40 DM (Kalenderhalbjahr), Jahresbezug 162,80 DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim Verlag vorliegen.

Die genannten Preise enthalten 7% Mehrwertsteuer**Einzelbestellungen:** Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 68 88/241, 4000 Düsseldorf 1

Einzellieferungen gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. Versandkosten (je nach Gewicht des Blattes), mindestens jedoch DM 0,80 auf das Postscheckkonto Köln 85 16-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 4000 Düsseldorf 1

Verlag und Vertrieb: August Bagel Verlag, Grafenberger Allee 100, 4000 Düsseldorf 1

Druck: A. Bagel, Graphischer Großbetrieb, 4000 Düsseldorf 1

ISSN 0177-3589